

Ressort: Vermischtes

Rentenexperte mahnt anderen Umgang der Politik mit Beamten an

Berlin, 03.01.2014, 11:45 Uhr

GDN - Der Freiburger Hochschullehrer Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge, hat einen anderen Umgang der Politik mit Beamten angemahnt. Er forderte, grundsätzlich darauf zu verzichten, Lehrer und Hochschullehrer zu verbeamten.

"Wir haben schlicht zu viele Beamte", sagte der Finanzwissenschaftler im Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Focus". Er glaube "nicht, dass Lehrer oder Hochschullehrer hoheitliche Aufgaben wahrnehmen", so Raffelhüschen. "Deshalb ist hier der Beamtenstatus auch nicht mehr zeitgemäß." Beamte seien für den Staat kurzfristig billig und langfristig teuer. "Da versteht man die Neigung, Neulinge zu verbeamten." In der Folge verstärke dies die Effekte einer Politik zu Lasten der jüngeren Generation. Raffelhüschen beklagte zudem, dass durch die Pläne der großen Koalition Angestellte über Gebühr belastet würden. Mit Blick auf die höhere Mütter- und die geplante Lebensleistungsrente sagte er: "Alle neuen Leistungsverbesserungen werden aus dem Renten-, nicht aus dem Steuertopf gezahlt - das verstärkt die Unwucht zu Lasten der Angestellten." Dass die Gesellschaft immer älter werde, betreffe alle, so Raffelhüschen. "Da kann man die finanziellen Folgen nicht nur den gesetzlich Versicherten aufs Auge drücken. Die müssen dann alle tragen. Also auch die Beamten." Auch die Pläne zur Lebensleistungsrente rügte der Finanzexperte im "Focus"-Interview: "Armutsbekämpfung ist nun wirklich Sache des Steuerzahlers. Wenn wir Armut bekämpfen wollen, müssen Beamte und wohlhabendere Selbstständige mithelfen." Zudem sei die "mit Abstand größte Kürzung der gesetzlichen Rentenversicherung", der Nachhaltigkeitsfaktor, bisher nicht auf die Beamtenschaft übertragen worden. "Das heißt: Die Beamten tragen bis heute die demographischen Lasten nicht eins zu eins mit", so Raffelhüschen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27783/rentenexperte-mahnt-anderen-umgang-der-politik-mit-beamten-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com